

Steuergelder werden für gerichtliche Streitereien genutzt statt für das Gemeindeleben

Es droht eine rechtliche Auseinandersetzung zwischen der Gemeindevertreterin der FDP und den übrigen Mitglieder der Gemeindevertretung, da sich erstere bei der Besetzung der Ausschüsse nach der letzten Kommunalwahl in 2008 – salopp formuliert – über den Tisch gezogen fühlt. Näheres können sie unter der Internetpräsenz der FDP Ammersbek nachlesen.

Herr Plöger als Landrat bot sich schon als Mediator an. In der von uns verfolgten Sitzung des Hauptausschusses vom 2. Februar 2011 wurde deutlich, dass die auf dieser Sitzung von Frau Späte angebotene gütliche Einigung von den anderen Mitgliedern des Ausschusses abgelehnt wurde. Diese wollen den gerichtlichen Streit.

Ärgerlich bei dieser angestrebten Auseinandersetzung vor Gericht ist, dass wir Steuerzahler diesen zu zahlen haben. Solch eine Auseinandersetzung, die einige tausend Euro kosten kann, geht immer in Gänze zu Lasten der Gemeindekasse, und die füllen ja wir Steuerzahler.

Noch ärgerlicher in dieser Situation ist, dass in der Bürgerfragestunde erst ein Einwohner, seines Zeichens Rechtsanwalt, die Mitglieder des Ausschusses darauf hinweisen musste, dass die Gemeindekasse den Rechtsstreit bezahlen muss. Sie wussten es nicht. Aber das störte auch keinen der anwesenden Sitzungsteilnehmer.

Wir meinen, dass das Geld aus der Gemeindekasse eher den Bürgern zugute kommen sollte, als dass die Gemeindevertreter es vor Gericht ausgeben und fordern die Beteiligten zu einer gütlichen Einigung auf. Denn solch eine gerichtliche Auseinandersetzung ist schädlich für das Gemeindeleben und den Gemeindegeldbeutel.

Das hierfür benötigte Geld wird für Investitionen fehlen. Das werden wir später noch oft genug zu hören bekommen.

Ihre

UWA

Ammersbek, im März 2011

Dieter Cordes *Ralph Otto*
(1. Vorsitzender) (Schriftführer)
für den Inhalt auch verantwortlich